

II-4519 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 3. JULI 1975

No. 2268/IV

A N F R A G E

der Abgeordneten NEUMANN, Mag. SCHLÖGL, Dr. PELIKAN, FRODL  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Bereitstellung von Mitteln für die Opfer der jüngsten  
Unwetterkatastrophen in der Steiermark

Die Österreichische Volkspartei hat am 3. Juli 1975 im Nationalrat einen Entschließungsantrag mit folgendem Wortlaut eingebracht:

"Die Bundesregierung wird angesichts der neuerlichen Unwetterkatastrophen in weiten Teilen Österreichs abermals aufgefordert, umgehend die dringend benötigten Mittel für die am schwersten Betroffenen zur Verfügung zu stellen, um zu verhindern, daß die Bevölkerung in den Katastrophengebieten mit den Gütern des täglichen Bedarfes unterversorgt wird, Betriebe und Arbeitsplätze ernstlich gefährdet, die land- und forstwirtschaftlichen Einkommen weiter geschmälert werden, und die dringend benötigten Einkünfte aus dem Fremdenverkehr entfallen. Gleichzeitig ist die rasche Wiederherstellung der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen sicherzustellen."

Dieser Antrag wurde von der SPÖ-Mehrheit im Nationalrat abgelehnt.

Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, haben die jüngsten Unwetterkatastrophen allein in der Steiermark Schäden in der Höhe von mindestens 100 Mio. S verursacht.

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß den Betroffenen umgehend geholfen werden muß. Sie richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

## A n f r a g e:

- 1.) Was wird seitens der Bundesregierung unternommen, um die größte Not in den betroffenen Gebieten zu lindern?
- 2.) Welche Mittel werden Sie dem Land Steiermark und seiner Bevölkerung zur Beseitigung der Unwetterschäden zur Verfügung stellen?
- 3.) Wann und in welcher Form werden diese Mittel bereitgestellt?